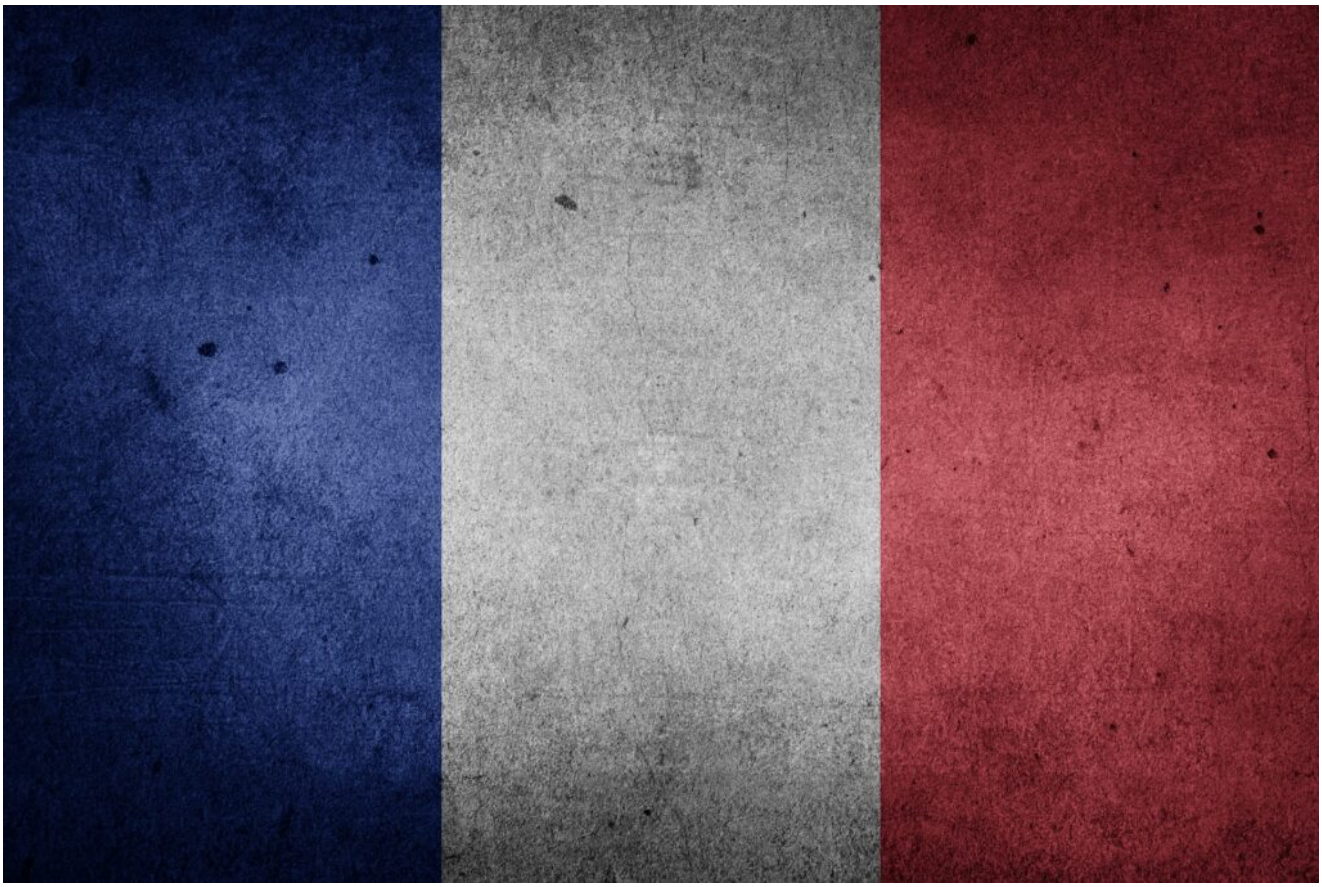
Frankreich: Drei Islamverbände wollen Charta nicht unterzeichnen

23. Januar 2021



Von Alexander Brüggemann (KNA)

Paris (KNA) Drei Mitgliederverbände des französischen Islamrates (CFCM) weigern sich, den gemeinsamen Text für eine „Grundsatz-Charta“ der Prinzipien für den Islam in Frankreich zu unterzeichnen. Zwei davon – das Koordinierungskomitee der türkischen Muslime in Frankreich (CCMTF) und Milli Görüs – seien mit der Türkei und der dritte – „Glaube und Praxis“ – mit der pietistischen Tabligh-Bewegung verbunden, berichtet die Zeitung „La Croix“ (online Donnerstag). Insgesamt seien acht Verbände des Rats an dem Projekt beteiligt.

„Wir glauben, dass bestimmte Passagen und Formulierungen (…) die Vertrauensbeziehungen zwischen den Muslimen Frankreichs und der Nation schwächen werden“, wird aus einer Pressemitteilung der ablehnenden Verbände zitiert. Der Text habe einen „anklagenden und marginalisierenden Charakter“ und stelle eine Beleidigung dar. „Als französische Staatsbürger sind wir ohnehin verpflichtet, die republikanischen Werte zu respektieren“, zitiert die Zeitung weiter.

Es wird vermutet, dass die Weigerung vor allem zwei besonders heikle Punkte betrifft: die in

Artikel sechs genannte Ablehnung ausländischer Einmischung sowie die Ablehnung dessen, was dort als „politischer Islam“ bezeichnet wird. Die beiden türkeinahen Verbände stehen im Verdacht, ein diplomatisches Instrument für die Türkei und die Regierung Erdogan auf europäischem Boden zu sein.

Der französische Islamrat (CFCM) hatte sich vor einigen Tagen auf einen gemeinsamen Text für die „Grundsatz-Charta“ geeinigt. Staatspräsident Emmanuel Macron hatte solch einen Text im November im Zuge seiner Offensive gegen „Separatismus“ und radikalen Islam von den Führern des Islamrates gefordert. Der Druck auf die Muslim-Vertreter hatte nach der Hinrichtung des Lehrers Samuel Paty in einem Pariser Vorort Mitte Oktober sowie dem Angriff in der Basilika von Nizza zwei Wochen später zugenommen.

Macrons Initiative führte zu einer ernsten Krise in der offiziellen Vertretung der Muslime. Ende Dezember schied der Rektor der großen Pariser Moschee, Chems-Eddine Hafiz, aus den Diskussionen über die Charta aus und verwies auf Einflüsse einer „islamistischen Komponente“ innerhalb des Rats.

Laut Mitteilung des Rates bekräftigt der Textentwurf die „Vereinbarkeit des muslimischen Glaubens mit den Prinzipien der Republik“. Zudem enthalte er eine Absage von „Instrumentalisierungen des Islam für politische Zwecke“ und der „Einmischung von Staaten in die Ausübung des muslimischen Kultes in Frankreich“. Versichert werde auch der Grundsatz der Gleichstellung von Männern und Frauen.

Der Text muss eigentlich von allen acht offiziellen islamischen Interessengruppen im CFCM verabschiedet werden, bevor er an Macron geschickt wird. Diesen acht Gruppen gehören die Dissidenten als Untergruppierungen an. Frankreichs Exekutive forciert eine Umstrukturierung des Islam im Land und wünscht die Bildung eines Nationalrats der Imame (CNI).

Die drei ablehnenden Verbände wollen sich jedoch laut Bericht nicht ganz aus dem Projekt des Nationalrats der Imame zurückziehen, sondern fordern Änderungen des Textes. Man befürworte dessen Geist, aber nicht den Inhalt, hieß es. Ratspräsident Mohammed Moussaoui sagte als Reaktion, er hätte sich gewünscht, „dass diese Erklärungen in Form von Änderungsanträgen schriftlich niedergelegt würden“.

Senatspräsident Gerard Larcher sagte dem Sender France Info (Donnerstag), die drei Verbände hätten die Konsequenzen ihrer Ablehnung selbst zu tragen und sollten „sorgfältig nachdenken, was es bedeutet, nicht zu unterzeichnen“. Auf die Frage nach ihrer möglichen Auflösung sagte er, es sei an der Exekutive, das zu entscheiden. Die Verbände hätten „noch 14 Tage“.

Mit wohl 5 bis 6 Millionen Mitgliedern bilden Muslime unter den 67 Millionen Bürgern Frankreichs die zweitgrößte Religionsgemeinschaft nach dem Christentum. Vertreten werden die französischen Muslime unter anderem durch den 2003 gegründeten Dachverband CFCM. Er wirkt etwa beim Moscheebau mit und ist zuständig für die Einsetzung der Muftis von Paris

und Marseille.

© KNA

Beitragsbild: Chickenonline via Pixabay

Stand: 13. November 2026